

EGON KRENZ

Aufbruch und Aufstieg  
*Erinnerungen*

**edition ost**

### **Der Autor**

Egon Krenz, geboren 1937, nach Lehrer-Studium Funktionär der Freien Deutschen Jugend, deren Chef er von 1974 bis 1983 war. Danach Mitglied der Partei- und Staatsführung der DDR. Im Herbst 1989, in der Nachfolge Erich Honeckers, Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Im Dezember 1989 Rücktritt von allen Funktionen. Seit 1990 parteilos. Publizistisch aktiv, Autor von Büchern, die es meist in die Bestseller-Listen schaffen.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt.  
Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch  
auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Bildnachweis:  
Privatarchiv Egon Krenz

edition ost im Verlag Das Neue Berlin –  
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN Buch 978-3-360-02805-1  
ISBN E-Book 978-3-360-51052-5

1. Auflage 2022  
© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,  
unter Verwendung eines Fotos aus dem Archiv des Autors

[www.eulenspiegel.com](http://www.eulenspiegel.com)

# Inhalt

Prolog 9

Familiäre Wurzeln 13

Kriegskind 22

Die Russen kommen 28

Nachkrieg 32

Ost oder West – Damgarten oder Westerland/Sylt? 44

Einig Vaterland 51

Ein Brief von ganz oben 65

Prägende Erlebnisse 73

Orientierungslos 77

Mein 17. Juni 80

Ausbildung 93

Am Scheideweg 105

Armeezeit 113

Weichenstellungen 125

Arbeit in Berlin	133
Parteihochschule Moskau	151
Zwischen Ulbricht und Honecker	163
Widersprüche im Politbüro	173
Antwort auf Brandts Ostpolitik	178
Am Krankenbett Breshnews	183
Ein Brief nach Moskau	194
Für und Wider auf dem VIII. Parteitag der SED	204
Abkommen, Anerkennung, Abgrenzung	217
Honecker und Wehner	225
Honecker, Brandt und Guillaume	236
Ulbrichts Tod	241
Personenregister	251

## Prolog

24. Dezember 1989. Das Wetter ist mies. Meine Stimmung auch. Zum ersten Mal erlebe ich Weihnachten ohne Arbeit, ohne Amt, ohne erkennbare Zukunft. Als ich nach der Bescherung und dem traditionellen Entenbraten in Gedanken versinke, höre ich die Hausklingel. Wer, verdammt, stört die Weihnachtsruhe?

Widerwillig gehe ich zur Haustür. Am Gartentor im Majakowskiweg 9 in Berlin-Pankow steht ein Mann.

»Krätschell«, ruft er. »Superintendent.«

In einer Hand hält er eine Kerze, in der anderen ein Geschenk für mich: »Grundrechte des deutschen Volkes« aus der Revolution von 1848 – eine gute Grundlage für eine neue DDR-Verfassung, wird er später erklären, als er mir die Banderole überreicht.

Die Kerze hat er vermutlich bewusst ausgewählt. Sie ist rot.

Er komme vom Gottesdienst, sagt er. Und er wolle mir Beistand leisten, in schwieriger Zeit.

Mir ist keineswegs nach Besuch zumute. Dass aber ein Pfarrer mir, einem Kommunisten, Beistand leisten will, macht mich denn doch neugierig. Ich bitte ihn ins Haus. Er, der Christ, der Kirchendiener, und ich, der Marxist, bis vor kurzem noch Parteidiener, beginnen ein Gespräch über Gott und die Welt. Und das am Heiligen Abend.

Die politischen Ereignisse, meint der Pfarrer, hätten mich vom Leben beurlaubt, mich meiner Ämter beraubt. Obwohl mich die eigenen Genossen verstoßen hätten, solle ich nicht verzagen, tröstet er mich. Als er sich später an der Pforte verabschiedet, verspricht er: »Sollten Ihre ›roten Brüder‹ Sie einsperren, komme ich Sie im Gefängnis besuchen«.

Werner Krätschell hielt Wort. Mehr als zehn Jahre später sitzen wir uns im Besucherraum der JVA Plötzensee gegenüber. Nur waren es nicht die »roten«, sondern die »schwarzen« Brüder, die mich hinter Gitter geschickt hatten. Und der Pfarrer, der sich in der kirchlichen Friedensarbeit der DDR unter dem Motto »Frieden schaffen ohne Waffen« engagiert hatte, predigte inzwischen nicht mehr in Pankow. Er war 1997 Bevollmächtigter für die evangelische Soldatenseelsorge in Ostdeutschland geworden.

Die Welt hatte sich verändert. Die Haltung etlicher Mitmenschen zum Militär augenscheinlich auch.

An jenem Weihnachtsabend 1989 aber tat mir Zuneigung eines Andersdenkenden gut. Schon am Vormittag hatte mir der Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche, Manfred Stolpe, eine handgeschriebene, sehr persönliche Weihnachtskarte geschickt. »In dem turbulenten Jahr 89«, hatte er geschrieben, »waren Sie zu besonders weitreichenden Entscheidungen gefordert. Nach meiner Kenntnis haben Sie Gewalt verhindert und die Gespräche am Runden Tisch ermöglicht.« Mit Stolpe zusammen hatte ich in den vergangenen Jahren oft Lösungen für schwierigste humanitäre Probleme gefunden,

die angesichts der deutschen Spaltung sonst auf der Strecke geblieben wären.

Er hat das nie vergessen, auch in dieser äußerst zugespitzten Situation des zu Ende gehenden Jahres 1989 nicht. Wenn Pfarrer Krätschell zum engeren Bekanntenkreis dieses aufrechten Mannes zählt, so meine Überlegung, dann kannst du ihm vertrauen.

Ich zuckte allerdings bei seiner Bemerkung zusammen, dass ich nun *vom Leben beurlaubt* sei. Mit 52 Jahren? Soll das nun wirklich schon alles gewesen sein? Was ist ein Leben wert, dem durch einen politischen Umbruch Sinn und Inhalt genommen wird? Sind die sozialistischen Ideale nichts mehr wert, nur weil sie sich im ersten Anlauf nicht verwirklichen ließen? Soll alles vergebens gewesen sein, wofür ich seit meiner frühen Kindheit gelebt hatte?

Im Moment schien es so. Der Staat, der mein Leben war, lag in seinen letzten Zügen. Die SED, der ich seit meinem sechzehnten Lebensjahr angehörte, existierte nicht mehr. Manche meiner Weggefährten nannten sich jetzt »demokratische Sozialisten«, mich einen »Stalinisten«. In ihrer Partei gebe es keinen Platz für mich, meinten die Eifrigsten. Wirklich kurios. Diese Partei nannte sich seit einigen Tagen SED-PDS. Ich war seit 1953 in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, aus der diese SED-PDS hervorgegangen war. Die eilig Gewendeten beabsichtigten, mich zum Parteilosen zu machen. Wie sollte ich darauf reagieren? Schmollen? Mich beleidigt zurückziehen? Urlaub vom Leben nehmen? Das war und ist meine Sache nicht.

In jener Nacht vom 20. zum 21. Januar 1990, in der mich die »Erneuerer« politisch heimatlos machten, reifte in mir ein Entschluss, dem mich bis heute folge: klein kriegen *die* dich nicht. Ich hatte zwar verloren, war gestrauchelt, gestürzt, aber ich würde nicht liegenbleiben. Ich nicht. Schon um niemandem diesen Triumph zu gönnen, mich zu Fall gebracht zu haben. Da bin ich wie meine Landsleute hier oben im Norden: eindeutig, stur und beharrlich.

Prinzipien brauchen eben einen harten Schädel. Das ist auch gut für die Beulen, die mir nicht nur der politische Gegner zugefügt hat.

## Familiäre Wurzeln

Urlaub vom Leben war jedenfalls keine Lösung. Mich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren hatte mir meine Mutter beigebracht. Nun, als ich mit mir und der Welt uneins war, als ich versuchte, Antworten zu finden, was über die DDR gekommen war und welche Verantwortung mir dabei zukam, erhielt ich »Post« aus Heidelberg.

Er sei mein Onkel, behauptet ein mir unbekannter Mann. Sein Bruder Ernst wäre mein Vater. In Kolberg habe der eine Schneiderwerkstatt betrieben. 1943 sei er ums Leben gekommen. Jude sei er gewesen ...

Nichts von dem hatte meine Mutter mir je erzählt. Sie war 1975 verstorben. Ich konnte sie also nicht mehr fragen. Mich trieb nun der Gedanke um, in meinem Leben könne es doch etwas geben, von dem ich keine Ahnung hatte. Eine Begebenheit, Jahrzehnte zurückliegend, schien sogar darauf hinzuweisen.

Als ich 1961 meine Erika heiraten wollte, brauchte ich eine Geburtsurkunde. Das Original war in den Kriegswirren verloren gegangen. Nachdem ich eine amtliche Kopie in den Händen hielt, traute ich meinen Augen nicht: Sie war auf den Mädchennamen meiner Mutter ausgestellt: Anna Koltermann. Ich gab ihr das Papier zu lesen. Das müsse ein Irrtum sein,

meinte sie. Der Krieg sei schuld. »Dein Vater«, wiederholte sie zum x-ten Mal, »war Ernst Krenz, der Bruder meines ersten Mannes Johann Krenz, der im Dezember 1914, im Ersten Weltkrieg, gefallen war.«

Sie habe lediglich versäumt, mich beim Amt auf den Familiennamen Krenz anzumelden.

Mutter genierte sich. Ordnung und Korrektheit gehörten zu ihrem Leben. Ein uneheliches Kind passte nicht in ihr Weltbild. Ich beließ es bei ihrer Erklärung. Ihr Wohlbefinden war mir wichtiger als Nachforschungen über meinen Erzeuger, den ich ohnehin nie gesehen hatte und wohl auch deshalb nicht vermisste. Wieso sollte ich meine Mutter wegen eines mir unbekanntem Menschen quälen, dachte ich.

Ich beantragte die Änderung der Geburtsurkunde. Damit war die Angelegenheit erledigt. Es war mir einerlei, ob ich ehelich oder unehelich zur Welt gekommen war. In der DDR spielte dies ohnehin keine Rolle. Zu vererben war nichts.

Betroffen war ich eher, als ich zeitgleich und aus der Ferne den bundesdeutschen Wahlkampf 1961 beobachtete. Der konservative Konrad Adenauer, damals bereits 85, stellte seinen 47-jährigen sozialdemokratischen Herausforderer Willy Brandt, Regierender Bürgermeister Westberlins, als uneheliches Kind an den Pranger. Obwohl ich Brandt seinerzeit weder politisch noch menschlich nahestand, fand ich die Kampagne gegen ihn widerlich. Ich war froh, dass es solche Schlammschlachten in der DDR nicht gab.

Die Zeitung, die den Brief meines vermeintlichen Onkels erhalten hatte, fragte nun an, ob sie mich mit dem Absender in Verbindung bringen könne. Neugierig war ich schon. Doch ich wehrte ab. Es standen mir schon zu viele erfundene Geschichten über die DDR und über mich in der Zeitung. Ich war davon überzeugt, dass man bereits an einer Story bastelte, und sah schon die Schlagzeile vor mir: »Krenz verschwieg jüdische Herkunft. Antisemitismus in der DDR!« So oder jedenfalls so ähnlich. Für Antisemitismus in der DDR wollte und konnte ich nun wahrlich kein Zeuge sein. Nicht, weil mir etwa unbekannt geblieben wäre, dass es auch im Osten Deutschlands nach dem Krieg noch Leute gegeben hatte, die abfällig über Juden sprachen oder üble Judenwitze erzählten. Das Gedankengut der Nazis war eben nicht über Nacht verschwunden. Am 8. Mai 1945 wurde auch in der sowjetisch besetzten Zone kein neues Volk geboren. Die Nazizeit und ihre Ideologie hatten ihre Spuren hinterlassen. Was einmal falsch im Kopf war, brauchte seine Zeit, um aus ihm wieder zu verschwinden. Aber: Der Staat, in dem ich groß geworden war, duldete keinen Antisemitismus. Die DDR war von Anfang an eine Barriere gegen die Verbreitung faschistischer Ideologie. Zwar lehrte man uns in der Schule nicht den englischen Begriff *Holocaust*. Der kam erst in den siebziger Jahren mit einem Film aus den USA in die Bundesrepublik.

Für die unmenschlichen Verbrechen der Nazis benutzten wir andere Begriffe. Deutsche Verbrechen wurden mit deutschen Worten und Wendungen bezeichnet: Völkermord an den Juden, Massenvergasung, Judenverfolgung, industrielle Judenvernichtung ...

Bewusst aufgenommen habe ich dies das erste Mal als Zehnjähriger. 1947 sah ich den Film »Ehe im Schatten«. Erst Jahre später erfuhr ich, dass es einer der ersten antifaschistischen Filme der DEFA war. Regie hatte der Kommunist Kurt Maetzig geführt. Der Film brachte mir das tragische Schicksal eines deutschen Schauspielers und seiner jüdischen Ehefrau nahe. Der Rassenwahn der Nazis hatte sie in den Selbstmord getrieben. Ich saß im Kino. Die Tränen liefen, der Film hatte mich gepackt. Blitzartig tauchten gleichzeitig Erinnerungen an meine Geburtsstadt Kolberg auf.

Ich weiß nicht mehr, in welchem Jahr sich die von mir bewusst wahrgenommene Begebenheit zutrug: Ein Kinderarzt aus unserer Nachbarschaft, der auch mich behandelt hatte, wurde durch die Strandstraße in Kolberg getrieben. Er trug einen gelben Stern auf der Brust. Er rief: »Ich bin ein Jude.« Dieses Bild des solcherart bloßgestellten, gedemütigten Mannes, der vor grinsenden Uniformierten herlaufen musste, hat sich mir tief eingeprägt. Seither waren nur wenige Jahre vergangen. Nun, 1947, erlebte ich als Zehnjähriger die Gespräche der Erwachsenen über den mich bewegenden Film. Die meisten von ihnen wollten von der Judenverfolgung nichts gewusst haben. Angesichts meiner Kolberger Beobachtung weigerte ich mich, ihnen dies zu glauben. Das trug mir Beschimpfungen ein. Am harmlosesten war noch der Vorwurf: »Du Grünschnabel, was weißt du schon davon.«

Solche herablassenden Gespräche hinterließen ebenfalls Spuren. Das Thema ließ mich nie wieder los, bis heute nicht. Es war gegenwärtig, als wir in der Schule Lessings »Nathan der

Weise« oder Heines Gedichte und Reiseberichte durchnahmen. Mein Klassenlehrer Erwin Wendland verstand es, Verbindungen aus der klassischen deutschen Literatur zum Judentum der Gegenwart herzustellen. Mit innerer Bewegung las ich später das »Tagebuch der Anne Frank«. In den Folgejahren konnte ich dazu beitragen, dass dieses erschütternde Dokument in mehreren Auflagen im Verlag der FDJ veröffentlicht wurde. Und als Fortsetzung in der Tageszeitung *Junge Welt* mit einer Auflage von einigen hunderttausend Exemplaren täglich. Als ich 1976 ins Politbüro gewählt wurde, war ein Jude mein Nachbar: Herrmann Axen. An warmen Sommertagen trug er mitunter ein kurzarmiges weißes Polohemd. Dann konnte ich seine ihm von der SS eingebrannte Häftlingsnummer auf dem Unterarm erkennen: 58787. Sie erinnert mich noch heute an seine Leidenszeit in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald. Axen teilte das Schicksal von Millionen Menschen, die einzig deshalb verfolgt, vertrieben und getötet wurden, weil sie von einer jüdischen Mutter geboren worden waren.

Zu meinen Mitstreitern im Politbüro gehörte auch Albert Norden, Sohn eines im KZ Theresienstadt ermordeten Oberrabbiners.

Menschen wie sie und ihre Gefährten – ob nun Erich Honecker oder Horst Sindermann, Friedrich Ebert oder Erich Mückenberger, Kurt Hager oder Heinz Hoffmann, die als Sozialdemokraten oder Kommunisten aktive Widerstandskämpfer waren und viele Jahre ihrer Jugendzeit in Gefängnissen, Konzentrationslagern oder in der Emigration zubringen mussten – duldeten weder strukturellen noch sonstigen

Antisemitismus in der DDR. Dass es dennoch gelegentlich Vorkommnisse mit Jugendlichen gab, die faschistisches Gedankengut offenbarten, hatte verschiedene Ursachen. Über kein Ärgernis aber sah der Staat hinweg. Das nimmt man heutzutage gern zum Anlass, der DDR einen »verordneten Antifaschismus« vorzuhalten. Ob »verordnet« oder nicht, ist hier nicht die Frage. Schon im Potsdamer Abkommen hatten die Alliierten dem deutschen Volk den Antifaschismus »verordnet«: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung. Sie nannten das die *4 D*. Gemeint waren die Entnazifizierung und die Entmilitarisierung: Verbot aller Naziorganisationen, Abschaffung aller Nazi-Gesetze, Umbenennung von Straßen und Plätzen, Entfernung von Nazis aus öffentlichen Ämtern, der Justiz, aus Schulen und der Verwaltung ... Alles verordnet. Diese antinazistische Haltung wurde von Jahr zu Jahr stärker von den DDR-Bürgern verinnerlicht. Dass sich ihr Staat an das Potsdamer Abkommen hielt und die Bundesrepublik nicht, kann man der DDR nicht negativ ankreiden.

Als beispielsweise 1987 das Berliner Stadtgericht antisemitische Aktionen von Jugendlichen nur als »Rowdytum« einstufte, berief Honecker eine Sondersitzung des DDR-Staatsrates ein. Er protestierte dort, dass von einem Gericht in der DDR Antisemitismus als »Jugendsünde« verharmlost worden sei. Die daraufhin eingeleiteten politischen und juristischen Gegenmaßnahmen wurden nach 1990 von der bundesdeutschen Justiz als »Rechtsbeugung« bewertet und führten zu einem Ermittlungsverfahren gegen mich. Nur weil Persönlichkeiten wie Heinz Galinski, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, Stephan Hermlin und andere

Juden dieser juristischen Willkür widersprachen, kam es nicht zur Anklageerhebung. Juden und Nichtjuden lebten nach meiner Wahrnehmung in der DDR im Wesentlichen in Eintracht. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder einer Ethnie war Privatsache. Niemals hätte ich einen Grund gehabt zu leugnen oder zu verschweigen, dass ich jüdische Vorfahren habe, wie ein Mann aus Heidelberg nun behauptete.

Was aber, so ging es mir durch den Kopf, wenn der Mann aus Heidelberg Recht hatte?

Ich konnte es mir nicht vorstellen. Meine grundehrliche Mutter hatte in ihrem Leben mehr Enttäuschungen als Freude gehabt. Für andere da zu sein, war ihr wichtiger, als an sich zu denken. Geboren 1893 im kleinen Dorf Strahlenberg, Kreis Deutsch Krone, heute Polen, musste sie schon mit vierzehn Jahren als Dienstmagd zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Mit Siebzehn kam sie »in Stellung«. Das bedeutete, für »bessere Leute«, wie es damals hieß, den Haushalt zu führen. Und dies tat sie Hunderte Kilometer von ihrem westpreußischen Elternhaus entfernt, im mecklenburgischen Graal-Müritz an der Ostsee. Mit 21 Jahren heiratet sie 1914 den Melker Johann Krenz. Er stand in den Diensten des Gutsherrn von Pütznitz, einem kleinen vorpommerschen Gut in der Nähe von Damgarten. Der Gutsherr gab dem Jungvermählten in einem seiner Dörfer eine Stelle als Schweizer, was ein andere Bezeichnung für Melker war. Das Paar bekam ein eigenes Zuhause. Sein bescheidenes Glück hielt nicht lange. Schon wenige Wochen später begann der Weltkrieg. Johann Krenz musste für »Kaiser, Gott und Vaterland« ins Feld

ziehen. Was er bei seinem Abschied von seiner jungen Frau nicht wusste und auch nie mehr erfahren sollte: Sie war schwanger.

Als Maria zur Welt kam, war ihr Vater bereits zwei Monate tot, gefallen auf irgendeinem Schlachtfeld. Auf den Gutsbesitzer machte das keinen Eindruck. Die Kriegerwitwe mit Kleinstkind war nun keine vollwertige Arbeitskraft mehr. Sie musste ihre Wohnung räumen. Unterkunft fand sie in einem kleinen, ungeheizten und feuchten Zimmer unter dem Dach einer ausgedienten Glashütte am Rande von Damgarten. Dort erreichte sie der Hilferuf ihres Vaters aus dem hinterpommerschen Dorf Lassehne, unweit von Kolberg. Ihm war die Frau – die Mutter meiner Mutter – gestorben. Nun stand er mit sieben kleinen Kindern allein da. Meine (spätere) Mutter Anna zog mit ihrer Tochter Maria von Vorpommern nach Hinterpommern. Sie wurde den Kindern Ersatzmutter, ihrem Vater Haushälterin und dem Gutsbesitzer billige Arbeitskraft. Nachdem sie ihre jüngeren Geschwister großgezogen hatte und diese ausgezogen waren, siedelte sie mit Maria und ihrem inzwischen schwerkranken Vater ins nahegelegene Ostseebad Kolberg.

Inzwischen war sie 36 und Tochter Maria 15 Jahre alt.

Als Anna, verwitwete Krenz, 44 war, kam ich zur Welt. Es war ein Freitag, der 19. März 1937. Ein sogenannter Nachkömmling. Jetzt, da sie in der zweiten Hälfte ihres Lebens stand, hätte sie endlich an sich denken können. Das Wichtigste in ihrem Leben wurde nun aber ich. Zwar saßen Not und Mangel immer mit an unserem Küchentisch, aber mit viel Fleiß und Einfallsreichtum schaffte sie heran, was zum Überleben notwendig war.

Mutter war eine sehr einfache und bescheidene Frau. Was ihr an Bildung fehlte, machte sie mit Herzengüte, Aufrichtigkeit und Hilfsbereitschaft wett. Sie teilte das Letzte mit jemandem, der in Not war. Für mich hat sie sich sprichwörtlich aufgeopfert. Selbst als sie wegen eines späteren Herzleidens arbeitsunfähig wurde, machte sie keine Pause. Sie ging Heu staken, Torf stechen, Kühe melken, Kinder beaufsichtigen und Säubern. Sie tat es für mich. Anders wären wir wohl auch nicht über die Runden gekommen. Sie bezog eine monatliche Witwenrente von fünfundvierzig Reichsmark.

Wer immer mein Vater gewesen sein mag: Er kehrte aus dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder. Ob gefallen, vermisst oder ermordet: Ich weiß es nicht. Klar aber ist: Meine Mutter hatte in zwei Weltkriegen die Väter ihrer beiden Kinder – Maria und Egon – verloren. Das hat bleibende Schmerzen verursacht. Die sonst so unpolitische Frau wünschte sich nichts sehnlicher als Frieden. Nie wieder Krieg! Dieses Verlangen hat sie und auch mich stark beeinflusst.

Angesichts meiner Kriegs- und Nachkriegserlebnisse bin ich in meinem Denken und Fühlen früher erwachsen geworden als Gleichaltrige vor oder nach mir. Jedenfalls scheint es mir heute so. Vor allem, wenn ich bedenke, dass ich mich schon in frühen Kinderjahren politisch aktiv betätigte und davon bis in die Gegenwart nicht lassen kann. Die Überzeugung meiner Mutter »Nie wieder Krieg!« wurde mir gleichsam in die Wiege gelegt. Sie blieb ein Element meines Denkens und Handelns.

## Honecker, Brandt und Guillaume

Im April 1974 fand in Moskau der Kongress des sowjetischen Jugendverbandes Komsomol statt. Dort traf ich auch Wolfgang Roth, den Ex-Bundesvorsitzenden der Jusos, den ich seit den Weltfestspielen im letzten Sommer persönlich kannte. Auf dem Berliner Bebelplatz hatte er eine viel beachtete Rede über die Entspannungspolitik seines Parteivorsitzenden Willy Brandt gehalten. Nun freute ich mich auf das Wiedersehen, wir hatten uns zu einem Essen am 25. April verabredet. Doch Roth kam nicht.

Das war ungewöhnlich für einen Mann, der als verlässlich galt.

Als wir uns Stunden später auf einem Empfang begegneten, wirkte er erregt. »Herr Krenz«, redete er mich an, obwohl wir uns bislang geduzt hatten, »Sie sind verantwortlich, wenn die Entspannungspolitik Schaden nimmt«.

Er redete von Spionage und Diffamierung Willy Brandts.

Nur allmählich begriff ich, dass er offenkundig etwas wusste, wovon ich keine Ahnung hatte. Dann erfuhr ich: In der bundesdeutschen Botschaft in Moskau war er informiert worden, dass Günter Guillaume, Brandts persönlicher Referent, in Bonn als DDR-Spion verhaftet worden war. »Wie konnte man überhaupt auf die Idee kommen, einen Mann wie Brandt zu bespitzeln?«, empörte sich der Chef der Jungsozialisten. Unter

solchen Bedingungen würden die Jusos ihre Beziehungen zur FDJ beenden.

Noch wusste ich nichts von der Existenz eines DDR-Aufklärers im Bundeskanzleramt. Ich versuchte dies durch eine legere Bemerkung zu kaschieren: »Wolfgang«, sagte ich, »für die Personalpolitik der SPD seid ihr doch selbst verantwortlich. Wenn ihr unseren Mann als persönlichen Referenten von Brandt ausgewählt habt, dann war dies doch eure Entscheidung, nicht die der DDR.«

Der Zufall wollte es, dass wir mit dem gleichen Flugzeug von Moskau nach Berlin flogen. Roth überschüttete mich weiter mit Vorwürfen. Er schloss nicht aus, dass Brandt über die Affäre stolpern könnte.

Unser Abschied in Berlin war sehr kühl.

Nur zwölf Stunden später klingelte in meinem Büro im FDJ-Zentralrat der WTsch-Apparat des internen, abhörsicheren Telefonnetzes, an das in der DDR etwa achtzig Personen angeschlossen waren.

»Du bist gestern Abend mit Wolfgang Roth aus Moskau gekommen. Was hat er zu Guillaume gesagt?«, fragte mich Honecker. Ich erkannte ihn an seiner Stimme, denn seinen Namen hatte er nicht genannt.

Detailliert berichtete ich von Roths Bestürzung. Wobei ich vermutete, dass Honecker gewusst hatte, dass die DDR in Brandts Vorzimmer saß, und darauf auch stolz war.

Honeckers Reaktion verblüffte mich. »Recht hat der Roth! Da hat uns Mischa« – womit er den Chef unserer Auslandsaufklärung Markus Wolf meinte – »einen Bärendienst erwiesen.

Selbst Mielke will nichts gewusst haben. Ich glaube ihm das aber nicht.«

Das mit dem Glauben war so eine Sache. Vor allem, wenn man es mit Geheimdiensten zu tun hat.

Bevor ich mir darüber Gedanken machen konnte, klingelte mein Telefon erneut. Diesmal war Erich Mielke dran.

»Was wollte Honecker von dir?«

Eigentlich hätte ich fragen sollen: »Was geht dich das an?« Und: »Woher weißt du das überhaupt?«

Doch ich entschloss mich zur Sachlichkeit. Ich gab den Inhalt des Gesprächs wieder, ohne jedoch zu erwähnen, was Honecker über ihn und seinen Stellvertreter Markus Wolf gesagt hatte.

Mielke hatte offensichtlich Angst vor Honeckers Tadel wegen des Bonner Betriebsunfalls und bat mich, ihn zu informieren, wenn ich Neues erfahre.

Wie sich die Dinge entwickelten, ist allgemein bekannt: Willy Brandt trat am 5. Mai 1974 als Bundeskanzler zurück. Breshnew kritisierte dafür Honecker. Honecker war deshalb sauer auf Wolf und Mielke.

In einem Punkt aber waren sich alle einig: Guillaume war nicht die Ursache, sondern nur der Anlass für den Rücktritt Willy Brandts. Irgendwann fragte mich Honecker: »Hast du mit jemandem darüber gesprochen, was ich dir am Telefon über Mielke und Wolf gesagt habe?«

Als ich verneinte, meinte er: »Belassen wir es dabei. An Brandts Sturz sind andere schuld: Schmidt und Genscher.« Aus internen Quellen, so Honecker, wisse er inzwischen,

dass Innenminister Genscher Informationen über Guillaume gesammelt und so lange zurückgehalten habe, bis diese Brandt schaden mussten. Die SPD- und FDP-Spitze hätten schon lange daran gearbeitet, Brandt als Kanzler abzusägen. Er war ihnen zu zahm. Die Bundesrepublik brauche kein lebendes Denkmal, was der Friedensnobelpreisträger inzwischen sei, sondern einen energischen Kanzler. Mit Helmut Schmidt wollte die Koalition die Flucht nach vorn antreten. »Wenn du dich mit der Sache näher beschäftigst«, sagte mir Honecker, »wird dir die Inszenierung klar. Innerhalb von knapp zehn Tagen trat der Bundeskanzler zurück, wählte man einen neuen Bundespräsidenten (*am 15. Mai kam der bisherige Außenminister und Vizekanzler Walter Scheel in dieses Amt – E. K.*) und einen neuen Kanzler, der am 17. Mai eine Regierungserklärung abgab, neue Minister ernannte und zwei Drittel der Staatssekretäre auswechselte. Das war von langer Hand vorbereitet.«

Und dennoch: An der DDR blieb der Vorwurf hängen, sie sei schuld am Sturz von Brandt.

1985 beendeten Brandt und Honecker die Verstimmung, begruben den Unmut, den der SPD-Vorsitzende wegen der Guillaume-Affäre empfand. Wie ernst Honecker die Versöhnung mit Brandt war, erlebte ich später noch einmal. Der Chefredakteur der *Jungen Welt* hatte Kenntnis davon, dass das Ministerium für Staatssicherheit stillschweigend die Memoiren Guillaume für den internen Gebrauch gedruckt hatte. Er bat mich um Zustimmung, sie in Fortsetzungen in seiner Zeitung publizieren zu dürfen. Ich war dafür, hielt es aber wegen der politischen Brisanz für erforderlich, Honecker darüber zu informieren.

Meine diesbezügliche Hausmitteilung erhielt ich mit seiner handschriftlichen Bemerkung zurück: »NEIN! Es war politisch falsch, das Buch herauszugeben. E. H. 5. 1. 89.«

Honecker wollte seinen Frieden mit Brandt nicht durch Unkorrektheiten und Triumphgeheul belasten.

Ob Guillaume Brandt geschadet hat oder nicht, sei dahingestellt. Dass die DDR-Aufklärung bis ins Vorzimmer des Bundeskanzlers vordringen konnte, imponiert mir bis heute. Was in diesem Zusammenhang oft vergessen wird: Die bundesdeutsche Seite war gegenüber der DDR nicht anders. Sie führte zum Beispiel eine Agentin bei Ministerpräsident Otto Grotewohl, ohne sich dafür jemals entschuldigt zu haben. Und sie hatte Spitzel, die nicht nur Informationen lieferten, sondern auch Brände legten und Mordaufträge hatten.

Bis heute sind diese Akten des MfS, die sich mit den Aktivitäten bundesdeutscher Nachrichtendienste auf dem Gebiet der DDR befassen, unter Verschluss.

## Ulbrichts Tod

Auf dem Dezember-Plenum 1972 war den ZK-Mitgliedern die Krankenakte Ulbrichts zum Lesen vorgelegt worden. Die Meinungen über diesen Vorgang waren und sind geteilt. Den einen war es Vertrauensbeweis, Ausdruck von Offenheit, in die Situation eingeweiht zu werden. Schließlich handelte es sich um unser Staatsoberhaupt. Andere meinten, auch ein Staatsoberhaupt habe Anspruch auf Privatsphäre, und dazu gehörten auch dessen Gesundheitszustand und die Krankenakte. Ulbricht selbst war über deren Offenlegung empört. Er sah darin den Versuch zu suggerieren, er sei todkrank und politisch nicht mehr einsetzbar.

Er hielt es für skandalös, auf diese Weise endgültig ausgeschaltet zu werden.

Ungewollt wurde ich in die Auseinandersetzung hineingezogen. Als ich vor der Tagung Akten studiere, kam eine ZK-Mitarbeiterin zu mir. »Genosse Ulbricht möchte dich sprechen. Er wartet am Direktapparat auf dich.«

Nichts ahnend eilte ich zum Telefon.

»Genosse Krenz, Sie sind doch Vorsitzender der Pionierorganisation«, hob er an und benutzte die förmliche Anrede. Gemeinhin duzte man sich unter Genossen. »Ich möchte, wie es Podgorny im Kreml macht, eine Weihnachtsfeier für Junge

Pioniere im Amtssitz des Staatsrates veranstalten. Um Einzelheiten zu besprechen, bitte ich Sie morgen zu mir.«

»Da werden wir beide nicht können. Morgen ist doch noch ZK-Tagung«, antwortete ich.

Die Ärzte hätten ihm untersagt, daran teilzunehmen, sagte er.

Eigenartig, dachte ich. Zwar könne er im Staatsrat arbeiten, nicht aber ins Zentralkomitee kommen? Merkwürdig.

Ich bat ihn um Verständnis, dass ich am Plenum teilnehmen würde.

»Gut«, sagt er, »dann kommen Sie eben morgen Abend um 20 Uhr zu mir nach Hause.«

Die Tagung des Zentralkomitees dauerte jedoch unerwartet lange. So kam ich erst mit erheblicher Verspätung in die Waldsiedlung. Das war mir peinlich. Doch ich entschuldigte mich damit, dass Ulbricht gewissermaßen daran Schuld trüge. Wenn er zum Plenum erschienen wäre, hätte er mir das schlechte Gewissen erspart. Parteidisziplin hatte ich auch von ihm gelernt.

Was ich zu jenem Zeitpunkt allerdings nicht wusste: Ulbricht hatte auf dem Plenum zur Diskussion sprechen und sich gegen Beschuldigungen wehren wollen. Man versuchte ihn als »Alleinschuldigen für alle Schwierigkeiten, die die Ökonomie der DDR jetzt und in Zukunft durchzumachen hat, abzustempeln«, klagte er am 12. Dezember 1972 in einem Schreiben an Breshnew.

Honecker hatte ihn allerdings vor der ZK-Tagung aufgefordert, seine Wortmeldung zurückzuziehen. Als Ulbricht

das nicht tat, wurde er von fast allen Politbüromitgliedern frontal angegriffen. Werner Krolikowski verstieg sich sogar zu der absurden Behauptung, Ulbricht müsse sein »Verhältnis zur Partei klären«. Auch das hatte Ulbricht Breshnew wissen lassen.

Gegen 21 Uhr jedenfalls stand ich vor Ulbrichts Haustür und klingelte. Lotte Ulbricht öffnet. Mit einem etwas unfreudlichen Unterton sagte sie: »Wir haben dich schon erwartet.«

Ich entschuldigte mich mit einem Strauß Orchideen, den mein Kraftfahrer zuvor noch besorgt hatte, um mein Gewissen zu entlasten.

In Kenntnis der Krankenakte, die wir hatten studieren können oder müssen, erwartete ich einen bettlägerigen Ulbricht vorzufinden. Zwar war er sichtlich gealtert, aber bei wachem Verstand und nicht im Bett. Er habe sich gerade mit Professoren beraten, informierte er mich.

Ich vermutete ein Konzil mit Medizinern.

Nein, nein, er habe sich über den Stand der kybernetischen Forschung in der DDR unterrichten lassen. Schließlich gehe es um die Perspektive der DDR bis zum Jahr 2000.

Ich fühlte mich unwohl. Auf der Tagung des ZK hatten wir gerade ganz irdisch über den Volkswirtschaftsplan für 1973 gesprochen. Und nun hörte ich hier von der Perspektive bis zur Jahrtausendwende. Hoffentlich, wünschte ich mir insgeheim, kommt Ulbricht nicht auf die heutige Tagung zu sprechen.

Das vermied er, wie er auch keine Andeutungen über die Meinungsverschiedenheiten mit seinem Nachfolger machte. Er war weiterhin der disziplinierte Parteifunktionär und wollte

mich augenscheinlich nicht in einen Gewissens- und Loyalitätskonflikt bringen.

Nur einmal, schon fast am Ende unserer Unterhaltung, wurde es für mich etwas schwierig. Wir hatten uns geeinigt, dass er die Kinder nicht zu Weihnachten, sondern zum Pioniergeburtstag in den Amtssitz des Staatsrats einladen sollte. Ich zeigte ihm den Entwurf der Einladung und bat um seine Zustimmung. Daraufhin fragte er, warum auf der Einladung verschwiegen werde, dass er auch *Vorsitzender der SED* sei. Wollte er mich prüfen?

»Für die Kinder ist wichtig, dass sie das Staatsoberhaupt der Republik treffen. Andere Funktionen sind da unerheblich.«

Er nahm das kommentarlos hin.

Natürlich war mir bewusst, dass Ulbricht sich getäuscht fühlte. Honecker ging davon aus, dass Ulbrichts Wahl zum Vorsitzenden der SED, ein Ehrenamt, nicht mehr als eine Würdigung seines Lebenswerkes darstellte. Ulbricht hingegen nahm offensichtlich an, dass er als Vorsitzender der SED weiterhin der erste Mann der Partei sei und Honecker als Erster Sekretär nach seinen Weisungen arbeiten würde. Er erinnerte sich wohl dabei an jenes Modell, als Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl gleichberechtigte Parteivorsitzende mit Richtlinienkompetenz waren, und er hatte seinerzeit als Generalsekretär die Exekutivfunktion ausgeübt.

Ulbrichts Tod kam, als ihn die wenigsten von uns erwartet hatten.

Ich hatte Walter Ulbricht an seinem 80. Geburtstag am 30. Juni 1973 in Groß Dölln getroffen. Er hatte körperlich auf-

fällig abgebaut, aber nichts deutete auf das Ende. Als in Berlin am 28. Juli 1973 die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten eröffnet wurden, lag er bereits auf dem Sterbebett. Noch bei vollem Verstand hatte er verfügt, dass »das Festival, das so großartig und eindrucksvoll begonnen hat, erfolgreich zu Ende geführt werden möge« – selbst wenn das Schlimmste eintreten sollte.

Manche bezweifelten, dass dies seine freie Entscheidung und tatsächliche Bekundung gewesen sei. Die Zweifler irren. Lotte Ulbricht, die von 1989 bis zu ihrem Tod in Pankow meine Nachbarin war, hat mir wiederholt erklärt: Walter wollte es so. Er starb, wie er gelebt hatte: der Sache verpflichtet, für die er von Jugend an gekämpft hatte.

Nach Ulbrichts Tod wurden die Vollmachten des Staatsrates weiter beschränkt. Offiziell hieß es, die Regierung solle wieder mehr Einfluss bekommen. Tatsächlich wurden auch deren Kompetenzen beschnitten. Willi Stoph, bislang Regierungschef, wurde Vorsitzender des Staatsrates, sein bisheriger Erster Stellvertreter Horst Sindermann neuer Regierungschef. Zu seiner »Unterstützung« wechselte Günter Mittag aus dem ZK-Sekretariat in die Regierung. Er übernahm den Posten des Ersten Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats. Kein Minister, so seine erste Entscheidung im neuen Amt, dürfe wirtschaftspolitische Vorlagen ins Politbüro einreichen, ohne sie vorher mit ihm abgestimmt zu haben.

Was formal wie eine Straffung der Leitung des Wirtschaftsressorts aussah, erwies sich in Wirklichkeit als Beschneidung der Vollmachten der Regierung und ihres Vorsitzenden.

Faktisch wurde Mittag eine Art Politikkommissar, der den Premierminister kontrollierte. Die Regierung wurde in der Folgezeit immer häufiger von grundsätzlichen ökonomischen Entscheidungen ausgeschlossen. Vorlagen kamen *vor* ihrer Beschlussfassung im Kabinett ins Politbüro, wo die Sachkompetenz geringer war als bei den fachlich qualifizierten Ministern. Jeder, der sich Mittag in den Weg stellte wie etwa Alfred Neumann, verlor sukzessive an Einfluss. Die Plenartagungen des ZK büßten allmählich den Beratungscharakter ein, verkamen weitgehend zu Berichterstattungen, Kritik von unten wurde weniger akzeptiert, das politische Klima in der Partei wurde kühler.

Wäre es nach 1971 unter den gegebenen personellen Verhältnissen möglich gewesen, einen anderen Weg als den des VIII. Parteitages zu gehen? Nach allem, was ich über jene Zeit weiß, meine ich: nein.

Nicht Moskau zwang uns, Schulden aufzunehmen, Schönfärberei zu dulden, uninteressante Zeitungen zu machen und die Bevölkerung schlecht zu informieren. Das alles waren hausgemachte Probleme.

Zutreffend aber auch: Grundlegende Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik waren objektiv ohne sowjetisches Einverständnis nicht denkbar. Das war nicht Willkür Moskaus oder Untertanengeist unsererseits. Das gehörte zu den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Das war übrigens im Westen gegenüber den USA genauso. In allen Fragen, die die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betrafen, besaß Moskau ein direktes Mitspracherecht. Wir waren souverän und wir

waren es wiederum auch nicht. Diese Dialektik ergab sich aus unserer Bündniszugehörigkeit. Unser Bekenntnis zum sozialistischen Internationalismus war gleichbedeutend mit der bewussten Akzeptanz der Führungsrolle der Sowjetunion. Es war nicht eine imaginäre Breshnew-Doktrin, die mich disziplinierte. Es war mein politisches Selbstverständnis, das mich mit der Sowjetunion fest verband. Wo und wie sollten wir lernen, einen Staat aufzubauen und zu regieren, wenn nicht von der Sowjetunion? Wir waren aus Überzeugung mit der Sowjetunion verbunden und bewusste Gegner einer NATO-Strategie, die auf Ausgrenzung, Boykott und Konflikte setzte.

Ich habe diese Politik ehrlichen Herzens vertreten. Ich widerspreche jenen, die nachträglich behaupten, die Geschichte der Beziehungen der UdSSR und der DDR sei eine Geschichte von Täuschung und Betrug gewesen. Dass bestimmte Kräfte der politischen Eliten in Moskau auf unsere Ehrlichkeit nicht immer mit der gleichen Ehrlichkeit und Offenheit reagierten, räume ich gern ein. Es war leider so ...

Vier Jahre nach Honeckers Rat an Siegfried Lorenz, er möge doch an die Zukunft denken, am 12. Juni 1974, wurde ich daran erinnert. Wir waren zu einem Empfang in die sowjetische Botschaft eingeladen worden. Die Einladung war nur wenige Stunden vorher eingegangen. Offensichtlich hatten Moskau und Berlin gemeinsam »vergessen«, dass zehn Jahre zuvor der Freundschafts- und Beistandspakt zwischen der UdSSR und der DDR unterzeichnet worden war, an den man sich vielleicht erinnern sollte. Vermutlich gründete die politische Amnesie auf der Tatsache, dass der Vertrag seinerzeit von Chruschtschow

und Ulbricht unterzeichnet worden war. Beide waren nicht mehr präsent.

Aber irgendeinem musste eingefallen sein, dass es nützlich sei, die Bedeutung des am 12. Juni 1964 geschlossenen Vertrages ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Schließlich war es nicht nur ein Freundschafts-, sondern auch ein Verteidigungspakt. Daran zu erinnern hielten die sowjetischen Bündnispartner gerade in Zeiten der Entspannungspolitik für wichtig.

Zum Empfang erschienen nur wenige Gäste.

Honecker und Sowjetbotschafter Jefremow standen vorn, allein, Siegfried Lorenz und ich etwas abseits. Plötzlich rief Honecker: »Kommt doch mal her!« Als wir vor ihm standen, zeigte Honecker auf uns und sagte zum Botschafter: »Das ist unsere Zukunft.«

Uns hat das bewegt, wir fühlten uns geehrt.

Gehörten wir beide zu Honeckers Leuten in der FDJ? Ja und abermals ja. Bis Mitte der achtziger Jahre war das wohl auch Honeckers Meinung. Er schenkte mir ein Exemplar seiner Autobiographie, in das er handschriftlich vermerkt hatte: »Meinem Freund und Kampfgenossen Egon in fester Verbundenheit. Erich Honecker. 4. 6. 1981«

Allgemein war bekannt, dass er mir vertraute. Er hat sich mir gegenüber nie als Chef aufgespielt. Er war zu sprechen, wann immer ich ihn darum bat. Wenn ich einen begründeten Vorschlag unterbreitete, konnte ich sicher sein, dass er ihn bestätigte. Meine Briefe beantwortete er umgehend. Meistens handschriftlich mit »Einverstanden. E. H.« Telefonisch konnte ich ihn zu Hause und im Dienst jederzeit anrufen. Er zog

mich oft ins Vertrauen, bevor er im Politbüro heikle Fragen behandelte. Kurzum: Der FDJ-Vorsitzende von einst hielt seine schützende Hand über mich, seinen Nachfolger im Jugendverband. Am 9. Januar 1974 war ich auf der 10. Tagung des Zentralrats zu dessen 1. Sekretär gewählt und Günther Jahn aus dieser Funktion verabschiedet worden. Helga Labs, bis dato Chefin der FDJ im Bezirk Karl-Marx-Stadt, übernahm meine bisherige Aufgabe an der Spitze der Pionierorganisation »Ernst Thälmann«.

Honeckers kameradschaftliches Verhältnis zu mir beeindruckte mich. Es war herzlich und produktiv. Das sollte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als Gorbatschow in Moskau das Ruder übernahm, ändern. Eine Freundschaft ging zu Ende. Da widerrief Honecker, was im Westen seit Jahren über mich kolportiert worden war, nämlich dass ich sein »Kronprinz« sei.

Doch dazu später.